

Thema: Evaluierung des Stadtentwicklungsvorhabens „Quartier Süßenbrunner Straße West“ im Hinblick auf die dafür notwendige Infrastruktur

Die unterzeichneten Bezirksräte der

ÖVP-Donaustadt und der FPÖ Donaustadt

stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 15.06.2022 folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien vor einer Weiterverfolgung des Stadtentwicklungsvorhabens „Quartier Süßenbrunner Straße West“ umfassend evaluieren, inwieweit die gebotene Infrastruktur zur Realisierung dieses Projektes gegeben ist.

Begründung

Mit dem ggstl. Stadtentwicklungsprojekt, zit¹.: „*sollen rund 1.200 Wohnungen (!), Geschäfts- und Gewerbeflächen sowie ein Kindergarten geschaffen werden.*“

Diese Wohnungen sollen in Objekten mit einer Bauhöhe von bis zu 26m bzw. sogar 33m (!) errichtet werden.

Seitens des Fachbeirates für Stadtplanung und –gestaltung wurde dazu u.a. wie folgt am 17. März 2022 festgestellt, zit.: „*Vermisst wird jedoch eine konkrete städtebauliche Aussage bezogen auf das spezifische Umfeld, Hierarchien, Orientierungsmuster sowie Lesbarkeit im morphologischen Gefüge, um einer gewissen Indifferenz entgegenzuwirken. Die mögliche Längserstreckung der Baukörper ist zu überprüfen. Die Unterteilung in öffentliche und nicht öffentliche Durchgänge sowie die Position des Kindergartens im Norden werden hinterfragt.*“²

Hinsichtlich der gebotenen Infrastruktur (für 1.200 Wohnungen) wird in den Planungsunterlagen (konkret in den 20-seitigen Erläuterungen) lapidar festgestellt, dass

¹ <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/suessenbrunnerstrasse-west-projektuebersicht.html>

² <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/flaechenwidmung/aktuell/pdf/8238-sfb.pdf>

sich, zit.: „mehrere Einrichtungen im Kreuzungsbereich Breitenleer Straße/ Süßenbrunner Straße (Nahversorger, Apotheke, Arzt, Kindergarten) sowie rund um den Jakob-Bindel-Platz (Volksschule, öffentlicher Kindergarten, Bäckerei, Gaststätte) befinden³.

Insbesondere der (Fach-)Ärztmangel stellt bereits die derzeitige Wohnbevölkerung der Donaustadt vielfach vor große Herausforderungen. Ebenso erscheint der nicht näher konkretisierte knappe Hinweis auf einen allenfalls notwendigen Ausbau von Pflichtschulplätzen bei einem Planungsprojekt über 1.200 Wohneinheiten unbefriedigend. Laut uns vorliegenden Stellungnahmen von betroffenen Anrainern dieses Projektes, müssen bereits jetzt einige vor Ort lebende Familien auf deutlich weiter entfernte Schulen bzw. Bildungseinrichtungen zurückgreifen.

Auch die Planung zur Verkehrssituation (Abfluss des Individualverkehrs über die bereits aktuell mehr als ausgelastete Breitenleerstraße sowie die Öffentliche Anbindung durch die – ebenfalls bereits stets gut genutzte – Straßenbahntrasse) erscheint nicht hinreichend geprüft. Dahingehend sollte daher jedenfalls geprüft werden, inwieweit zusätzliche öffentliche Verkehrsangebote rechtzeitig geschaffen werden könnten (bspw. durch einen S-Bahn Lückenschluss zwischen den Stationen Stadlau und Leopoldau).

Aus unserer Sicht besteht daher die nachvollziehbare Befürchtung, dass mit dem Vorantreiben dieses Projektes sehenden Auges eine Überforderung der gegebenen sozialen und technischen Infrastruktur, sowohl für die bestehende – wie auch die neuzuziehende – Wohnbevölkerung, zu erwarten ist.

Insbesondere wäre daher auch zu beurteilen, inwieweit vorab ein „Zielgebietsmanagement“ – wie im STEP25 auch explizit vorgesehen – einzurichten ist bzw. entsprechende Zielgebietskoordinatoren eingesetzt werden. Damit würde auch die gem. STEP25 verlangte Bürgerbeteiligung im entsprechenden Ausmaß ermöglicht.

Daher erscheint zumindest ein Aussetzen der Weiterverfolgung des Projektes, um die notwendige Infrastruktur eingehend zu evaluieren, unbedingt geboten.

Zoran ILIC
Klubobmann ÖVP Donaustadt

Andreas DVORAK
Klubobmann FPÖ Donaustadt

3 <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/flaechenwidmung/aktuell/pdf/8238-eb2.pdf>